

52 Alternativen für Hessen

Roland Kochs Zeit läuft ab – 30 Wochen bis zur Wahl



Wiesbaden, den 29. Juni 2007

Tariftreue: Fairer Wettbewerb statt ruinöses Lohndumping

Der öffentlichen Hand kommt bei der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping eine Vorbildfunktion zu. Mit dem von der SPD-Fraktion jetzt vorgelegten Gesetz werden endlich Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge geschaffen. Tariftreue- und Vergabegesetze gibt es bereits in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein. Ein solches Gesetz ist mittelstandsfreundlich und schützt das hessische Handwerk vor Billigkonkurrenz. Qualitativ gute Dienstleistungen kommen wieder zum Zug.

Die SPD will

- dass die öffentliche Hand Aufträge nur an Unternehmen vergibt, die tariflich vereinbarte Löhne zahlen,
- ein Tariftreuegesetz, das auch für Subunternehmen gilt, damit Umgehung vermieden wird,
- die Anwendung des Gesetzes auf Bauaufträge, den öffentlichen Personenverkehr, Reinigungs- und Gebäudedienstleistungen (Bewachung), Abfallwirtschaft, Fort- und Weiterbildung sowie entsprechende Werk- und Dienstverträge,
- als Schwellenwert einen geschätzten Auftragswert von 25.000 Euro,
- bei gleichwertigen Angeboten den Zuschlag den Unternehmen geben, die Ausbildungsplätze bereitstellen bzw. an der beruflichen Erstausbildung beteiligen,
- dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich und die Familie von ihrem Verdienst unterhalten können.

Am 11. Juli 2006 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Tariftreuregelungen mit dem Grundgesetz und dem Bundesrecht vereinbar sind. Zur Erinnerung: Die CDU in Hessen hat gemeinsam mit der FDP im Jahr 2001 einen SPD-Gesetzesentwurf für ein Vergabegesetz abgelehnt. Im Mai 2002 hat die Landesregierung von Roland Koch eine Gesetzesinitiative der damaligen rot-grünen Bundesregierung für ein bundesweites Vergabe- und Tariftreuegesetz im Bundesrat zu Fall gebracht.

Wer den ruinösen Wettbewerb zu Lasten heimischer Unternehmen im öffentlichen Sektor beenden will, muss am 27. Januar 2008 SPD wählen.